

SPANIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die revitalisierte Sozialpartnerschaft ist ein starker Motor für die positive sozioökonomische Entwicklung in Spanien. Für die progressive Regierung unter der Führung von Ministerpräsident Pedro Sánchez war die Einbindung der Sozialpartner seit der Regierungsbildung 2020 von hoher Priorität. Die Sozialpartnerschaft hatte in der Zeit der Vorgängerregierung weitgehend brachgelegen. Unter der Ägide der Ministerin für Arbeit und soziale Wirtschaft, Yolanda Díaz, konnten die Sozialpartner und die Koalitionsregierung im tripartiten Dialog zahlreiche Vereinbarungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf den Weg bringen, die dann im Parlament kodifiziert wurden.

Im Juli 2023 kam es in Spanien zu vorgezogenen Parlamentswahlen. Nachdem die Regierungsparteien *Partido Socialista Obrero Español* (PSOE, Spanische Sozialistische Arbeiterpartei) und das linke Bündnis *Unidas Podemos* (UP, Vereint schaffen wir das) bei den Regional- und Kommunalwahlen am 28. Mai 2023 deutliche Verluste hinnehmen mussten, rief Ministerpräsident Sánchez am Folgetag Parlamentswahlen für den 23. Juli 2023 aus. Ziel war es, angesichts eines erstarkenden rechten Lagers bei den Regionalwahlen rasch Klarheit über die politische Zukunft auf nationaler Ebene zu schaffen.

Bei den Wahlen wurde die rechtskonservative *Partido Popular* (PP, Volkspartei) unter Alberto Núñez Feijóo mit 33,06 Prozent der Stimmen (+12,25 Prozentpunkte gegenüber 2019) stärkste Kraft. Die bislang regierende sozialdemokratische *PSOE* erreichte 31,68 Prozent (+3,68 Prozentpunkte) und konnte sich damit besser behaupten als erwartet. Die rechtspopulistische *Vox* verlor deutlich an Zustimmung (12,38 %, –2,7 Prozentpunkte), während das neu gegründete Wahlbündnis *Sumar* (»Bündeln«) – das unter anderem *Podemos* und *Izquierda Unida* (IU, Vereinigte Linke) umfasste – unter der Führung von Yolanda Díaz mit 12,33 Prozent ein solides Ergebnis erzielte.

Kleinere Regionalparteien wie *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC, 1,89 % der Stimmen, Republikanische Linke Kataloniens) und *Junts per Catalunya* (JxCat, 1,60 %, Zusammen für Katalonien) verloren gegenüber 2019 an Stimmen und Mandaten, während *Euskal Herria Bildu* (EH Bildu, 1,36 %, Bündnis Vereinigtes Baskenland) ihr Ergebnis leicht verbessern konnte.

Obwohl die PP in vielen Regionen Zugewinne verzeichnen konnte, reichte es auf nationaler Ebene nicht für eine Mehrheit. Zusammen mit *Vox* kam das rechte Lager auf 169 Sitze und verfehlte damit die absolute Mehrheit von 176 Sitzen. Bemühungen der PP, weitere regionale Parteien wie die *Partido Nacionalista Vasco* (PNV, Baskische Nationalistische Partei) oder *Junts per Catalunya* für eine Regierungsbildung zu gewinnen, blieben erfolglos. Die Zusammenarbeit der PP mit *Vox* galt dabei als zentrales Hindernis für eine Annäherung an moderatere Kräfte – zumal sämtliche anderen Parteien eine Kooperation mit *Vox* strikt ablehnten.

Auch auf der linken Seite gestaltete sich die Regierungsbildung zunächst schwierig. *PSOE*, *Sumar* und mehrere Regionalparteien (*ERC*, *EH Bildu*, *PNV*, *BNG* {*Bloque Nacionalista Galego*, Galicischer Nationalistischer Block}) kamen gemeinsam auf 171 Sitze – fünf weniger als für die absolute Mehrheit nötig. Entscheidend wurde daher die Haltung von *Junts per Catalunya* mit sieben Sitzen. Nach intensiven Verhandlungen einigte sich die *PSOE* auf ein Abkommen, das unter anderem ein Amnestiegesetz für katalanische Unabhängigkeitsbefürworter_innen im Zusammenhang mit den Referenden von 2014 und 2017 vorsah.

Am 16. November 2023 wurde Pedro Sánchez im zweiten Wahlgang mit einfacher Mehrheit erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Grundlage waren eine Koalitionsvereinbarung zwischen *PSOE* und *Sumar* sowie die Unterstützung beziehungsweise Enthaltung mehrerer Regionalparteien, darunter *Junts per Catalunya*. Damit konnte erneut eine progressive Mitte-links-Regierung gebildet werden – getragen von einer breiten, aber politisch heterogenen Mehrheit von 179 Abgeordneten.

Der Verlauf der Wahlen und die anschließende Regierungsbildung machten deutlich, dass das spanische Parteiensystem weiterhin stark fragmentiert ist. Die Regierung von Ministerpräsident Sánchez, bestehend aus *PSOE* und *Sumar*, ist auf die Unterstützung regionaler, teils separatistischer Kräfte aus Katalonien, dem Baskenland und Galicien angewiesen – was die Regierungsarbeit erschwert, politische Entscheidungsprozesse verlangsamt und häufige Kompromisse erforderlich macht.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Lebensqualität wird in Spanien gemeinhin als sehr hoch eingeschätzt. Das drückt sich nicht zuletzt in einer der höchsten durchschnittlichen Lebenserwartungen der Welt aus: Mit knapp 84 Jahren liegt sie rund drei Jahre über dem OECD-Durchschnitt von 81,5 Jahren. Auch im *Human Development Index* der Vereinten Nationen (2024) liegt Spanien mit dem 27. Rang vor Frankreich und Italien.

Als viertgrößte Volkswirtschaft des Euroraums verzeichnete Spanien 2024 ein Bruttoinlandseinkommen von 1,59 Billionen Euro. Das BIP wuchs im Jahresverlauf um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im ersten Quartal 2025 lag das Wirtschaftswachstum bei 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal, für das Gesamtjahr wird ein Anstieg von 2,6 Prozent erwartet. Getragen wird der Aufschwung insbesondere durch die starke Binnennachfrage und hohe Investitionen. Die starken Einbußen während der Pandemie – ein Rückgang des BIP um 11 Prozent – sind damit endgültig überwunden. Die Staatsverschuldung lag im Februar 2025 mit 1 646 Milliarden Euro bei 101,7 Prozent des BIP. Damit ist sie im Vergleich zu 2024 (101,8 %) leicht gesunken. Das Haushaltsdefizit belief sich 2024 auf 2,8 Prozent des BIP (3,2 %, wenn die Folgen der DANA-Unwetterschäden in Valencia berücksichtigt werden) und soll 2025 auf 2,5 Prozent sinken (2,8 % unter Berücksichtigung der DANA-Schäden). Trotz einer leichten Wachstumsverlangsamung nach dem starken Aufschwung der Vorjahre gelten die wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Jahre weiterhin als positiv – auch angesichts geopolitischer Unsicherheiten und jüngster Belastungen durch extreme Unwetterereignisse wie DANA.

Mitte 2025 lag die Inflationsrate in Spanien bei 2,2 Prozent und entsprach damit dem Durchschnitt im Euroraum. Nach einer Phase deutlich höherer Inflationsraten in den Jahren 2022 und 2023 hat sich die Inflation inzwischen stabilisiert. Besonders stark waren die Preissteigerungen im Jahr 2022 bei Lebensmitteln und Energie. Um die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Lebenshaltungskosten abzufedern, setzte die spanische Regierung unter anderem die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zeitweise aus und deckelte Energiepreise – ermöglicht durch die mit Portugal bei der EU verhandelte »iberische Ausnahme«. Das durchschnittliche jährliche Nettoeinkommen pro Person lag 2024 bei 14 807 € (EU-Durchschnitt: 17 284 €), das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen betrug 36 996 €. Spanien gehört weiterhin zu den Ländern mit einem hohen Grad an Einkommensungleichheit und starken regionalen Disparitäten. So lag das höchste durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen 2024 im Baskenland bei 44 698 €, während es in Extremadura lediglich

29 341 € betrug. 2024 galten landesweit 19,7 Prozent der rund 47 Millionen Spanier_innen als armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche: 34,7 Prozent der unter 16-Jährigen lebten 2024 in Armut oder waren von sozialer Ausgrenzung bedroht – einer der höchsten Werte innerhalb der Europäischen Union.

Auf dem Arbeitsmarkt sind positive Entwicklungen zu beobachten: Im ersten Quartal 2025 stieg die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 21,8 Millionen – 515 400 mehr als im Vorjahr. Durch die Arbeitsmarktreform 2021 hat sich auch die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse in Spanien deutlich verringert. Sie ist vom Durchschnittswert von 29,7 Prozent in den Jahren von 2014 bis 2019 auf 12,7 Prozent im Jahr 2024 zurückgegangen. Von dieser Entwicklung sind vor allem Branchen wie Gastronomie, Tourismus und Baugewerbe betroffen, die einen hohen Anteil an befristet Beschäftigten verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit sank zwar im Vergleich zum Vorjahr um etwas über 6 Prozent, ist jedoch Anfang 2025 mit 11,36 Prozent (EU-Durchschnitt: 5,7 %) eine der höchsten in der EU. Besonders hoch ist sie unter jungen Menschen: Die Jugendarbeitslosigkeit lag bei 25,5 Prozent – ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr (27,5 %), aber weiterhin deutlich über dem EU-Durchschnitt von 14,5 Prozent. Auch hier bestehen erhebliche regionale Unterschiede.

Die dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird auch der Reform der Arbeitsgesetzgebung zugutegehalten: 2021 ist eine Reform des Arbeitsrechts von 2012 erfolgt. Damit wurde eine Revision des Arbeitsrechts unter der konservativen Regierung 2012, mit der die Rechte der Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften eingeschränkt worden waren, revidiert. Die Eckdaten für die neue Gesetzgebung wurden 2020 mit den Sozialpartnern verhandelt. Eine der wichtigsten Änderungen war die Einschränkung der Möglichkeit der Befristung von Arbeitsverträgen, denn Spanien verzeichnete eine der höchsten Quoten befristeter Verträge in der EU. Weitere wichtige Elemente der Reform waren Regelungen für die Kurzarbeit, die während der Pandemie erstmals eingesetzt wurden und sich sehr bewährt haben, sowie die Re-Etablierung der Tarifverhandlungen auf Branchenebene, die dem Vorrang der Vereinbarungen auf Betriebsebene ein Ende setzte.

Für die Modernisierung der spanischen Wirtschaft spielt das 750 Milliarden starke Aufbauprogramm »Next Generation EU« (2021–2026) eine wichtige Rolle. Mit 140 Milliarden Euro, 50 Prozent davon als Kredite, ist Spanien gemeinsam mit Italien eines der beiden Hauptempfängerländer des Programms. Um die EU-Fonds zur Finanzierung der Transformation hin zu einer nachhaltigen CO₂-armen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft in Anspruch nehmen zu können, hat es die Anforderungen bisher musterhaft erfüllt. Mit dem Jahr 2025 tritt die Umsetzung des Programms in ihre letzte Phase: Bis August 2026 müssen alle Investitionen getätigt und Meilensteine erreicht sein. Inzwischen hat Spanien rund 70 Prozent der geplanten Reformen und etwa 60 Prozent der Fördermittel umgesetzt. Dennoch steht ein großer Teil der Investitionen – insbesondere im Bereich Wohnraum, Dekarbonisierung und Wasserinfrastruktur – noch aus.

Der Plan für den Wiederaufbau (*Plan de Recuperación y Resiliencia*) der spanischen Regierung strebt eine umfassende Modernisierung der spanischen Wirtschaft, Administration und Politik an. Die Regierung hat zu diesem Zweck die sogenannten PERTES (Strategische Projekte zur wirtschaftlichen Erholung und Transformation) in wichtigen Wirtschaftssektoren eingerichtet, darunter Elektromobilität, Gesundheitstechnologien, Wasserstoff und erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft und Dekarbonisierung der Industrie. Bis Ende 2024 wurden im Rahmen der PERTES rund 16 Milliarden Euro ausgeführt – von insgesamt 43,6 Milliarden Euro. Die Gewerkschaften begrüßen das Rahmenprogramm der Regierung zur wirtschaftlichen Erholung, ökologischen Transformation und widerstandsfähigen Wirtschaft, das die Ziele Geschlechtergleichheit und Berufsbildung hervorhebt. Das Programm besteht aus sechs zentralen Komponenten: Wohnungsanierungs- und Stadterneuerungsplan, Nationaler Plan für digitale Kompetenzen, Strategischer Plan zur Förderung der Berufsbildung, Modernisierung und Digitalisierung des Bildungssystems, Hilfsplan für den Pflegesektor und neue öffentliche Politiken für einen dynamischen, widerstandsfähigen und integrativen Arbeitsmarkt. In die Umsetzung sind zum einen die territorialen Gliederungen auf der Ebene der Regionen eingebunden, zum anderen die Sozialpartner. Die ehemalige Wirtschaftsministerin und Vizepräsidentin Nadia Calviño sprach in diesem Zusammenhang von der größten »Chance für Spanien seit dem Beitritt zur EU« und der anstehenden »dritten Modernisierung der spanischen Wirtschaft«. Spanien ist das einzige EU-Land, das digitale und sozialökologische Transformation gezielt mit sozialer Kohäsion und Geschlechtergerechtigkeit verbindet.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Durch die 2021 verabschiedete Arbeitsgesetzgebung und die Wiederbelebung des tripartiten sozialen Dialogs haben sich die Arbeitsbeziehungen in Spanien weiter gefestigt, die Rolle der Sozialpartner für Wirtschaft und Stabilität ist sehr deutlich geworden, insbesondere die Gewerkschaften sehen sich in ihrer Rolle gestärkt.

Trotz der positiven Entwicklung in der Sozialpartnerschaft bedarf es aus gewerkschaftlicher Perspektive weiterer Anstrengungen für eine sozial ausgewogene, nachhaltige und digitale Wirtschaftsentwicklung, indem die Arbeitnehmer_inneninteressen stärker berücksichtigt und Ungleichheiten überwunden werden. Die Arbeitsgesetzgebung und andere Instrumente der Arbeits- und Beschäftigungspolitik sollen im Sinne der Arbeitnehmer_innen weiterentwickelt werden, um beispielsweise Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, Ausbildung und die Kontrolle der Arbeitsgesetzgebung zu garantieren.

In der Führung der beiden großen gewerkschaftlichen Dachverbände, den *Comisiones Obreras* (CCOO, Arbeiterkommissionen) und der *Unión General de Trabajadores* (UGT, Allgemeine Gewerkschaft der Arbeitnehmer_innen), gibt es gegenwärtig personelle Kontinuität: Pepe Álvarez (UGT) wurde im November 2024 auf dem 44. Kongress der UGT in Barcelona ohne Gegenkandidaten für eine dritte und letzte Amtszeit als Generalsekretär wiedergewählt, die turnusgemäß bis ins Jahr

2028 reicht. Unai Sordo (CCOO) wurde auf dem 12. Bundeskongress der CCOO im Juni 2021 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Der nächste Kongress der CCOO ist für Juni 2025 geplant. Unai Sordo wird dort offiziell für ein drittes und letztes Mandat kandidieren; seine Wiederwahl gilt als sehr wahrscheinlich. Die Vorstände können sich demnach auf einen breiten Konsens stützen, was auf eine anhaltende innerverbandliche Stabilität über die jüngsten Kongresse hinaus hindeutet. Gleiches gilt auch für die dreizehn Branchengewerkschaften, von denen sieben unter dem Dachverband CCOO und sechs in UGT zusammengefasst sind.

GEWERKSCHAFTEN IN SPANIEN – DATEN UND FAKTEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Für die Herausbildung moderner Arbeitsbeziehungen mit freien Gewerkschaften in Spanien ist die Phase der *Transición*, des allmählichen Übergangs zur Demokratie, der mit dem Tod des Diktators Francisco Franco 1975 einsetzte, prägend gewesen. Nach 40 Jahren Diktatur wirkten die Gewerkschaften am Übergang zur Demokratie als wichtige Akteure mit. Nach den turbulenten Jahren des demokratischen Übergangs und Konsolidierungsprozesses in den 1970er- und 80er-Jahren, kann seit Mitte der 1990er-Jahre von relativ stabilen institutionalisierten Arbeitsbeziehungen gesprochen werden. Seit den 1990er-Jahren hat sich in Spanien ein weitreichendes System institutioneller Beteiligung der Sozialpartner in staatlichen Institutionen (Arbeitsämtern, Sozialversicherung, beruflicher Weiterbildung, Wirtschafts- und Sozialräten etc.) entwickelt. Die Gewerkschaften sind dadurch auf allen Ebenen – national, regional, lokal, sektoral – in vielfältige politische Verhandlungsprozesse eingebunden. Die Arbeitsbeziehungen mit den Arbeitgeberverbänden CEOE (*Confederación Española de Organizaciones Empresariales*, Spanische Konföderation von Unternehmensorganisationen) und der Mittelstandsvereinigung CEPYME (*Confederación Española de Pequeña y Mediana Empresa*, Spanischer Verband der Klein- und Mittelunternehmen) sind fest etabliert.

Die Gewerkschaftsbewegung war in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren in kommunistische, sozialistische, sozialdemokratisch-katholische, anarchistische und nationalistische Gruppierungen gespalten. Die Arbeiter_innenbewegung, die vor 1939 bestand und den Franquismus im Exil überlebte, setzte sich aus der sozialistischen UGT, der anarchosyndikalistischen *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT, Nationale Konföderation der Arbeit) und der baskischen ELA-STV zusammen. Die 1888 gegründete UGT war in ihrer Geschichte stets eng mit der Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE) verbunden und hat sich mit dieser im Exil und im Zuge der demokratischen Transition ideologisch und organisatorisch in die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie integriert. In der Zeit ihres Exils war die PSOE in der antifranquistischen Demokratiebewegung wenig präsent und hatte den Kontakt zur spanischen Arbeiter_innenschaft weitgehend verloren. Seit den 1990er-Jahren gelang es der UGT, sich mit einer sozialdemokratischen Orientierung als

eine der beiden Mehrheitsgewerkschaften Spaniens zu konsolidieren. Der anarcho-syndikalistischen CNT gelang diese Konsolidierung nicht: Sie hatte im Exil nicht nur den Kontakt zur spanischen Arbeiter_innenschaft, sondern auch jeden Bezug zur gewandelten kapitalistischen Realität verloren und ist heute weitgehend in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Die neue Arbeiter_innenbewegung hatte sich in den spontanen Streikbewegungen der 1960er-Jahre im Untergrund wie auch in den Basisstrukturen der vertikalen frankquistischen Staatsgewerkschaft, der katholischen Kirche und der kommunistischen Partei Spaniens (*Partido Comunista de España*, PCE) als führender Oppositionspartei im Untergrund gebildet. Diese »Arbeiter_innenkommissionen« (*Comisiones Obreras*, CCOO), zu Beginn kaum mehr als spontane Streik- und Verhandlungskomitees, konsolidierten sich mit der Zeit zur führenden demokratischen Gewerkschaft Spaniens. Zum Zeitpunkt von Francos Tod (1975) waren sie die einzige demokratische Massenorganisation Spaniens. Der politische Niedergang der Kommunisten in den 1980er-/1990er-Jahren ging jedoch auch an ihnen nicht spurlos vorbei und hat sie geschwächt. Heute sind die Unterschiede zur sozialdemokratischen UGT nur noch graduell und die gewerkschaftliche Praxis hat sich sehr stark angenähert. Zur neuen Arbeiter_innenbewegung zählt auch eine weitere gewerkschaftliche Organisation: Die *Unión Sindical Obrera* (USO, Gewerkschaftsunion der Arbeiter_innen) hatte sich an den ersten Arbeiter_innenkommissionen im Untergrund beteiligt. Sie rekrutierte sich wesentlich aus dem sozialkatholischen Arbeiterjugendmilieu und orientierte sich ideologisch an einer Mischung aus Selbstverwaltungssozialismus und katholischer Soziallehre. In zwei Abspaltungen 1977 und 1980 verlor sie Mitglieder an die UGT bzw. die CCOO, sodass sie heute nur noch in wenigen Regionen und Sektoren vertreten ist. Eine historische und aktuelle Besonderheit der spanischen Gewerkschaftsbewegung sind die Gewerkschaften auf regionaler Ebene. In einigen Regionen sind die regionalistisch-nationalistischen Gewerkschaften stark. Im Baskenland sind die beiden nationalistischen Gewerkschaften ELA-STV (sozialkatholisch) und LAB (separatistisch) zusammengenommen stärker als UGT und CCOO. In Galicien hat sich die aus mehreren kleinen regionalistischen Gruppen hervorgegangene CIG (*Confederación Intersindical Galega*, Galicische Inter-gewerkschaftskonföderation) konsolidiert und ist heute mit den beiden Mehrheitsgewerkschaften gleichauf.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Auch die spanischen Gewerkschaftsdachverbände sind von dem generellen Trend zur Konzentration und Fusion von Einzelverbänden in Europa erfasst. In der UGT reduzierte sich die Zahl der Einzelgewerkschaften von 14 auf fünf, zu denen auch der neue Verband der Selbstständigen gehört. In den CCOO fusionierten die einst 23 Einzelgewerkschaften zu den aktuellen sieben Verbänden. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern ging die Konzentration auf wenige große Einzelgewerkschaften bislang nicht mit einem Funktionsverlust der Dachverbände einher. Diese bleiben streik- und tariffähig, handeln Rahmentarifverträge aus und beteiligen sich an den vielen tripartistischen Gremien und Verhandlungen auf allen Ebenen. Beide Gewerkschaftsdachverbände engagieren sich seit vielen Jahren stark auf der europäischen Ebene. In das Präsidium des Europäischen Gewerkschaftsbundes wurden jeweils die Vorsitzenden von UGT für den Zeitraum von 2003 bis 2007 und von der CCOO für den Zeitraum von 2011 bis 2015 gewählt. Der UGT-Vorsitzende Pepe Álvarez ist seit 2019 einer der fünf Vizepräsidenten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

Die beiden großen nationalen Gewerkschaftsbünde UGT und CCOO sowie einige regionale Gewerkschaften in Galicien und im Baskenland prägen die Gewerkschaftslandschaft. In den beiden Dachverbänden waren zuletzt nach Angaben der OECD im Jahr 2020 circa 12,5 Prozent der spanischen Arbeitnehmer_innen organisiert. Auf ihren Kongressen 2021 haben UGT und CCOO ihre jeweilige Mitgliederstärke mit 983 521 (UGT) und 974 471 (CCOO) angegeben. Im Zuge der Wirtschaftskrise 2008 und des gezielt antigerwerkschaftlichen Krisenmanagements der konservativen Regierungen kam es zu einer Schwächung der Gewerkschaften. Dies führte zu empfindlichen Mitgliederverlusten. Fast 600 000 Mitglieder verließen in den Krisenjahren die Gewerkschaften. Allgemein geht der Organisationsgrad zurück. Die starke institutionelle Einbindung der Gewerkschaften in tripartistische soziale Dialoge und staatliche Institutionen gibt den Gewerkschaften zwar Einfluss, Gehör und Zugang zu organisatorischen Ressourcen, hat jedoch auch Auswirkungen auf ihr Image. Als Teil des politischen Systems erleiden sie denselben Vertrauensverlust wie die Politik und bilden zusammen mit den politischen Parteien, Banken und

Tabelle 1

Die wichtigsten nationalen gewerkschaftlichen Dachverbände in Spanien

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Comisiones Obreras, CCOO (Arbeiterkommissionen)	Vorsitz: Unai Sordo Calvo	1 088 772	IGB, EGB
Unión General de Trabajadores, UGT (Allgemeine Gewerkschaft der Arbeitnehmer_innen)	Vorsitz: Pepe Álvarez Suárez Stv. Vorsitz: Lola Navarro Giménez	983 521	IGB, EGB
Unión Sindical Obrera, USO (Gewerkschaftsunion der Arbeiter_innen)	Vorsitz: Joaquín Pérez da Silva	121 041*	IGB, EGB

Tabelle 2
Die wichtigsten regionalen gewerkschaftlichen Dachverbände in Spanien

Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Eusko Langileen Alkartasuna – Solidaridad de los Trabajadores Vascos, ELA-STV (Baskische Arbeiter_innensolidarität)	Vorsitz: Mixel Lakuntza Vicario	105 312	IGB, EGB
Langile Abertzaleen Batzordeak, LAB (Nationalistisches Arbeiter_innenkomitee, {im Baskenland})	Vorsitz: Garbiñe Aranburu	45 000	WGB
Converxencia Intersindical Galega/Confederación Intersindical Galega, CIG (Galicischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Paulo Carril	k. A.	WGB

Tabelle 3
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Spanien

Branchenverband/Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz/stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación de empleados de servicios públicos de UGT. FeSP-UGT (Verband der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der UGT)	UGT	Vorsitz: Julio Lacuerda Castelló	233 700	PSI, EPSU
Federación de Industria, Construcción y Agro de UGT, UGT FICA (Verband der Industrie, Bau und Landwirtschaft)	UGT	Vorsitz: Mariano Hoya Callosa	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe, IUUF, EFFAT, EPSU
Federación Estatal de Servicios, Movilidad y Consumo de UGT, FeSMC-UGT (Staatliche Föderation für Dienstleistungen, Mobilität und Konsum der UGT)	UGT	Vorsitz: Antonio Oviedo García	250 000	UNI Europa, UNI Global, IUUF, EFFAT, ITF, ETF
Federación de Servicios a la Ciudadanía de Comisiones Obreras – FSC-CCOO (Verband der Bürgerdienste {Kommunikation, Verkehr, öffentliche und private Dienstleistungen})	CCOO	Vorsitz: José Ignacio González Sánchez	235 986	IndustriAll, IndustriAll Europe, UNI Europa, UNI Global, PSI, EPSU, EuroCOP
Federación de Servicios de CCOO, CCOO-Servicios (Dienstleistungsgewerkschaft der CCOO)	CCOO	Vorsitz: José María Martínez	201 969	IUF, EFFAT

multinationalen Unternehmen die Gruppe des geringsten Vertrauens in der spanischen Gesellschaft. Kleine und mittlere Unternehmen werden dagegen ebenso wie Wissenschaft, Polizei, Militär, Sozialversicherung und Nichtregierungsorganisationen positiv bewertet.

Die Gewerkschaften gliedern sich entlang der spanischen Regionen in 19 Landesbezirke. Die schlagkräftigsten Einzelgewerkschaften sind in beiden Dachverbänden jeweils die Gewerkschaften für Industrie, Bau und Gebäudedienstleistungen, Banken und private Dienstleistungen sowie öffentliche Dienste. Außerdem finden sich Gewerkschaften für Auszubildende und Beschäftigte in der Landwirtschaft sowie eine separate Organisation für Rentner_innen in beiden Organisationen. In der UGT gibt es zudem eine Gewerkschaft für Selbstständige (*profesionales autónomos*), welche die wachsende Gruppe der Selbstständigen in der digitalen Arbeitswelt, aber auch im Gesundheits-, Transport- und Justizsektor organisiert.

2023 war für die Gewerkschaften ein wichtiges Wahljahr, da in vielen Unternehmen Betriebsratswahlen bzw. »Gewerkschaftswahlen« stattfanden. Die Ergebnisse bestätigten weitgehend die bestehenden Kräfteverhältnisse. Es zeigte sich, dass die Gewerkschaftsdachverbände CCOO und UGT auf nationaler Ebene sowie ELA-STV, LAB und CIG als starke regionale Gewerkschaften im Baskenland und in Galicien ihre hegemoniale Stellung verteidigen konnten. Nach offiziellen Angaben des spanischen Arbeitsministeriums verfügte Spanien Ende 2024 über insgesamt 320 882 gewählte Gewerkschaftsdelegierte. Die Daten bestätigen die herausragende Stellung von CCOO und UGT, die zusammen nahezu 70 Prozent der Vertretung auf sich vereinen. Insgesamt stellten die Wahlen ein zentrales Kräftemessen zwischen den Verbänden dar und waren zugleich ein Kampf um Ressourcen und Subventionen. Gewerkschaftliche Wahlen auf der Ebene der Betriebe haben in Spanien eine über den Betrieb hinausgehende Bedeutung und spiegeln die gewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse deutlich wider: Gewerkschaften,

die bei den Wahlen in den Betrieben landesweit über 10 Prozent (UGT und CCOO) oder in einer Region über 15 Prozent der Delegierten (ELA-STV und LAB im Baskenland, CIG in Galicien) erzielen, haben ein Recht zur Vereinbarung von Tarifverträgen, sind in den öffentlichen Institutionen vertretungsberechtigt und haben Zugang zu staatlichen Subventionen. Alle anderen gewerkschaftlichen und Berufsverbände sind nur in den Betrieben und Sektoren tariffähig, in denen sie mehr als 10 Prozent der Beschäftigten vertreten. Da von den Ergebnissen der betrieblichen Delegiertenwahlen viele institutionelle Ressourcen (Vertretung in öffentlichen Institutionen wie Sozialversicherung, Arbeitsmarktverwaltung, Bildungs- und Universitätsverwaltungen etc.) und finanzielle Unterstützungen abhängen, während die Anzahl der aktiven Mitglieder mit einem Prozentsatz von circa 13 Prozent der Arbeitsbevölkerung gering und die Beitragszahlungen niedrig sind, wird Spanien oft als ein repräsentatives Wahlgewerkschaftssystem (*voters' unionism*) im Gegensatz zu einem Mitgliederorganisationsmodell (*members' unionism*) bezeichnet.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Gewerkschaftsfreiheit hat in Spanien Verfassungsrang. Partizipationsrechte der Sozialpartner werden im Arbeiterstatut (1980) und im Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit (1985) garantiert. Die Vertretungs- und Beteiligungsrechte sind über eine dualistische Interessenvertretung aus gewerkschaftlichen Organen auf betrieblicher wie überbetrieblicher Ebene und den von allen Belegschaften mit mehr als 50 Beschäftigten gewählten Betriebskomitees verankert. In Betrieben ab 250 Beschäftigten sind die Gewerkschaften berechtigt, »Gewerkschaftssektionen« (ähnlich den »Vertrauensleuten« in Deutschland) zu bilden. Im Unterschied zum deutschen »dualen« System sind in Spanien auch die Betriebskomitees und Gewerkschaftssektionen tarif- und streikfähig. Allerdings verfügen sie nicht über Mitwirkungsrechte bei betrieblichen Personalentscheidungen, sondern nur über Konsultationsrechte.

Die spanischen Gewerkschaften werden dem lateinischen Gewerkschaftsmodell – in Abgrenzung vom angelsächsischen und korporatistischen zentral-/nordeuropäischen Modell – zugerechnet. Kennzeichnend für dieses Modell sind niedrige Organisationsgrade, häufige Mobilisierungs- und Streikaktivitäten, fragmentierte politische Richtungsgewerkschaften, konkurrierende Tarifverhandlungsebenen und ein hoher Grad an staatlicher Intervention in die Arbeitsbeziehungen. So legen sie traditionell mehr Wert auf Interessenpolitik, Mobilisierung und gute Wahlergebnisse bei den Wahlen zu den Betriebskomitees als auf Mitgliederrekrutierung und Organisation. Das Streikrecht ist in Spanien ein in der Verfassung verankertes, kollektiv ausgeübtes individuelles Grundrecht. Die spanischen Gewerkschaften galten lange als streikfreudig, ihre Mobilisierungsfähigkeit überstieg ihren Organisationsgrad. Auch in Spanien macht sich allerdings ein langfristiger Trend nachlassender Streikhäufigkeit bemerkbar.

Eine wachsende Sensibilität der beiden Gewerkschaftsbünde hat sich gegenüber dem Anwachsen des ultrarechten Populis-

mus in Gestalt der Partei Vox entwickelt, die wie auch die AfD im Jahr 2013 gegründet worden ist. Zwar bleibt die Präsenz von Vox in den Betrieben bislang weitgehend marginal, jedoch gibt es Ausnahmen wie beispielsweise bei privaten Sicherheitsdienstfirmen, in denen sie stärker vertreten ist. Anlass zur Sorge hatte die Situation in denjenigen Regionen geboten, die seit 2023 zunächst von Koalitionen der Konservativen (PP) mit Vox regiert wurden. Nach dem Bruch der Koalitionen im Sommer 2024 regiert dort die PP mittlerweile allein in Minderheitsregierungen. Dennoch haben in dieser Zeit die Angriffe auf zentrale demokratische Institutionen – darunter Gewerkschaften, der soziale Dialog und grundlegende Menschenrechte – zugenommen. Um auf die reale Gefahr des Rechtspopulismus aufmerksam zu machen, haben die Gewerkschaften diese Themen aktiv in ihre Veranstaltungskalender, Bildungsprogramme und internationalen Austauschbeziehungen aufgenommen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Mit ihren rund 2 Millionen Mitgliedern, rund 11 Millionen Beschäftigten mit Tarifdeckung und Millionen Stimmen bei Wahlen zu den Betriebskomitees bilden die spanischen Gewerkschaften weiterhin die wichtigsten sozialen Organisationen der spanischen Gesellschaft.

Die Tarifdeckung ist in Spanien generell hoch, sie liegt bei circa 80 Prozent aller Beschäftigten. Das liegt an der Regel der Allgemeinverbindlichkeit, mit der alle Betriebe automatisch unter den gültigen Branchentarifvertrag fallen. Das Tarifverhandlungssystem verfügt über eine klare Struktur, in der geklärt ist, auf welcher Ebene welche Tarifparteien verhandeln können. Es ist üblich, dass die zentralen Spitzenverbände mehrjährige Rahmentarifverträge unterzeichnen, die nicht nur Lohnleitlinien, sondern auch neue Themen wie Gleichstellung der Geschlechter, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Altersteilzeit, Aus- und Weiterbildung etc. in die spanische Tariflandschaft eingeführt haben.

Die organisatorischen Kapazitäten der spanischen Gewerkschaften sind durch den geringen Mitgliederstand und niedrige Mitgliedsbeiträge, die sich am gesetzlichen Mindestlohn orientieren, jedoch begrenzt. Die wesentlichen Ressourcen kommen von öffentlichen Zuschüssen (Gesetz zur Förderung von Verbänden und Stiftungen, Projekte, Bildungsmaßnahmen). Das Personal wird zumeist über freigestellte Betriebsräte rekrutiert. Die Veränderungen in der spanischen Erwerbsbevölkerung bewirken eine entsprechende Veränderung in der Mitgliederstruktur der Gewerkschaften, mit steigenden Anteilen von höher gebildeten und weiblichen Mitgliedern aus öffentlichen und privaten Dienstleistungsbranchen. Die meisten Verbände haben Quoten in ihren Statuten, die eine weibliche Beteiligung an gewerkschaftlichen Gremien zumindest entsprechend dem weiblichen Mitgliederanteil vorschreiben. Die Gewerkschaften sind bemüht, die wachsende Zahl der »Scheinselbstständigen« zu organisieren. Die UGT gründete einen eigenen Verband für Selbstständige, während die CCOO deren Mitgliedschaft in den jeweiligen Branchenverbänden vorzieht. Mit speziellen Angeboten und Kampagnen in Sektoren mit hohem Anteil an

Migrant_innen, beispielsweise im Hotel- und Gaststättengewerbe, versuchen die Gewerkschaften auch Mitglieder unter den eingewanderten Arbeitnehmer_innen zu gewinnen – bisher mit begrenztem Erfolg. Unter dem Einfluss der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Erwerbsbevölkerung ist die Mitgliedschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten sehr viel heterogener geworden, auch wenn die Gruppe der älteren Männer in industriellen Großbetrieben und im öffentlichen Dienst noch stark ist. Damit ändern sich auch die Erwartungen und die Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder, die nun eher Schutz und Service, insbesondere bei Arbeitskonflikten, suchen, als dass sie sich zu einem politisch motivierten, dauerhaften Gewerkschaftsbeitritt entscheiden. Die Proteste der vergangenen Jahre im öffentlichen Dienst ebenso wie die neue Frauenbewegung und viele neue, selbstorganisierte betriebliche Basisinitiativen zeigen ein deutliches Potenzial für weitere gewerkschaftliche Revitalisierung auf. Die transnationale Betriebsarbeit in Europäischen Betriebsräten (EBR) ist noch nicht sehr stark in Spanien verankert – 2022 sind 17 EBRs in Spanien registriert (in Italien sind es beispielsweise 39, in Deutschland 281). Eine im Januar 2024 von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Reform der EBR-Richtlinie zielt nun darauf ab, die Rechte von Arbeitnehmervertretungen auf europäischer Ebene zu stärken und die Einrichtung von EBRs in bislang weniger aktiven Ländern wie Spanien zu erleichtern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Das Klima zwischen den Sozialpartnern hat sich unter der linksprogressiven Koalitionsregierung positiv entwickelt und ist weitgehend von einer konstruktiven Haltung und Kompromissbereitschaft gekennzeichnet. Seit dem Amtsantritt von Pedro Sánchez im Jahr 2018 gelten die Gewerkschaften als zentrale Akteure der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformagenda und sind ein zentraler Bestandteil der progressiven Politik Spaniens. Das Land hat die wirtschaftlichen Krisen in Folge der Pandemie und des Ukraine-Krieges sehr viel besser gemeistert als die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 bis 2013, als die Austeritätspolitik Wirtschaft und Gesellschaft in eine tiefe und nachhaltige Krise mit drastischen Folgen für die Beschäftigung stürzte. Durch eine hohe Zahl von Vereinbarungen der Sozialpartner konnte eine Vielzahl von Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung erzielt werden. Der CCOO-Vorsitzende Unai Sordo zog im April 2025 eine positive Bilanz seiner bisherigen Amtszeit und blickte dabei auf vier Jahre sozialpartnerschaftlicher Einflussnahme zurück – insbesondere im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mindestlohns, der Rentenreform und der Arbeitsmarktreform von 2021. Gleichzeitig betonte er verbleibende Herausforderungen, etwa die Reduzierung der Arbeitszeit und die Stärkung des Kündigungsschutzes. In den vergangenen Jahren richteten die Gewerkschaften ihren Fokus besonders auf zwei Schlüsselbereiche: die regelmäßige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns (*Salario Mínimo Interprofesional*, SMI) sowie Initiativen zur Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Seit dem Amtsantritt von Pedro Sánchez im Jahr 2018 hat die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns in Spanien eine zen-

trale Rolle in der sozialpolitischen Agenda der Regierungskoalitionen gespielt – stets begleitet von einer engen Abstimmung mit den Gewerkschaften. Schon im Januar 2020, zehn Tage nach dem Amtsantritt der Regierung Sánchez II, wurde der flächendeckende Mindestlohn auf 950 € im Monat erhöht. Obwohl es vonseiten der Arbeitgeber teils Widerstand gab, wurden in den folgenden Jahren weitere Anhebungen beschlossen. Im Januar 2023 erreichte der SMI 1 080 € monatlich und damit erstmals das von der EU empfohlene Ziel von 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohns. Im Februar 2025 beschloss der Ministerrat erneut eine Erhöhung um 4,4 Prozent, wodurch der Mindestlohn nun bei 1 184 € (bzw. 16 576 € jährlich in 14 Zahlungen) liegt – ein kumulierter Anstieg von 61 Prozent seit 2018. Laut CCOO hat diese Entwicklung maßgeblich zur Reduzierung der Lohnungleichheit beigetragen, insbesondere für Frauen und Beschäftigte mit niedrigem Einkommen, und gleichzeitig die Binnennachfrage gestärkt, ohne die Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden.

Auch die Einführung der Vier-Tage-Woche wird in Spanien seit einigen Jahren intensiv diskutiert und erprobt. Angestoßen wurde die Debatte zunächst von der kleinen progressiven Partei *Más País* (»Mehr für das Land«). Im Januar 2023 richtete das Wirtschaftsministerium einen Förderplan für Klein- und Mittelunternehmen ein, die sich verpflichteten, mindestens zwei Jahre lang ein entsprechendes Pilotprojekt durchzuführen – insbesondere in Branchen wie Plattformarbeit, Beratung und IT. Lange Zeit reagierten die Gewerkschaften zurückhaltend, da sie Lohnerhöhungen klaren Vorrang gegenüber Arbeitszeitverkürzungen gaben. In der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ist man vorangekommen: Im Dezember 2024 kam es zu einer Vereinbarung zwischen der Regierung sowie den Gewerkschaften CCOO und UGT – allerdings ohne die Zustimmung der Arbeitgeberseite. Die Regierung legte daraufhin einen Gesetzesentwurf zur schrittweisen Reduzierung der regulären Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden ohne Lohnkürzungen vor. Begleitende Maßnahmen zielen auf eine verbesserte Arbeitszeiterfassung sowie ein verstärktes »Recht auf Nichterreichbarkeit« ab. Der Entwurf soll über 12 Millionen Beschäftigten zugutekommen, die Produktivität steigern und Fehlzeiten verringern. Nachdem der Ministerrat den Entwurf am 6. Mai 2025 verabschiedet hatte, wurde er an den Abgeordnetenkongress überwiesen, wo er nun in Ausschüssen beraten wird. Die neue Höchstarbeitszeit soll ab dem 1. Januar 2026 vollständig gelten. Angesichts der fragilen Regierungsmehrheit ist ein schwieriges parlamentarisches Verfahren zu erwarten, und ob das Gesetz letztlich verabschiedet wird, bleibt offen. CCOO und UGT betrachten die Umsetzung als Bewährungsprobe für die Koalition und kündigten an, notfalls politischen Druck aufzubauen und zu mobilisieren, falls das Vorhaben blockiert oder verwässert wird.

Ein weiteres zentrales Anliegen der spanischen Gewerkschaften ist die Reform des Kündigungsschutzes. Der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte (EASR) hat in zwei Entscheidungen – auf Beschwerden von UGT und CCOO aus dem Jahr 2022 – festgestellt, dass das spanische System bei ungerechtfertigten Kündigungen gegen Artikel 24 der Europäischen Sozialcharta verstößt. Die gesetzlich gedeckelten Abfindungen

von aktuell 33 Tagen pro Arbeitsjahr, höchstens 24 Monatsgehältern, seien weder abschreckend noch ausreichend kompensierend, insbesondere bei kurzer Betriebszugehörigkeit. Zudem sei die Möglichkeit zusätzlicher Entschädigung stark eingeschränkt. Mit der offiziellen Veröffentlichung der Entscheidung des EASR wird im Juni 2025 gerechnet. CCOO-Generalsekretär Unai Sordo betont die Dringlichkeit, die nationalen Regelungen an internationale Vorgaben anzupassen, um den Schutz der Beschäftigten zu verbessern. Zwar hat die Regierung angekündigt, den Dialog mit den Sozialpartnern aufnehmen zu wollen, doch die Gewerkschaften fordern konkrete Gesetzesänderungen, um internationale Arbeitsrechtsstandards einzuhalten und Kündigungen zur Ausnahme zu machen. Ob es zeitnah zu einer Reform kommt, bleibt offen – das Thema bleibt jedoch ein wichtiger Punkt auf der gewerkschaftlichen Agenda.

Das Gesetz zur Schaffung einer Grundsicherung (IMV – *ingreso mínimo vital*) wurde am 29. Mai 2020 verabschiedet. Damit sollten 850 000 Haushalte, das entspricht 2,3 Millionen Menschen, eine bedarfsorientierte Unterstützung von 462 bis 1 015 € monatlich erhalten. Erstmals wurde damit eine Art Grundsicherung eingeführt, die der deutschen Sozialhilfe bzw. dem Bürgergeld ähnelt. Diese wurde 2022 um 3,4 Prozent auf mindestens 492 € angehoben. Ende März 2025 bezogen 703 479 Haushalte – ca. 2,1 Millionen Personen – die Leistung. Die durchschnittliche Höhe der Unterstützung lag bei 508,40 € pro Haushalt. Der Anteil minderjähriger Leistungsbeziehender lag bei 41,3 Prozent, während der Frauenanteil bei 53,4 Prozent lag.

Ein weiteres Anliegen der Gewerkschaften ist die Zukunftssicherung der Sozialversicherung angesichts der voranschreitenden Überalterung der Bevölkerung, welche eine der sozialpolitischen Herausforderungen in Spanien darstellt. Die Europäische Union hat Spanien mehrfach aufgefordert, ein tragfähiges Rentenreformkonzept vorzulegen. Im März 2023 hatte das Parlament eine Reform beschlossen, die auch von den Gewerkschaften unterstützt wurde. Sie entsprach damit der Forderung der EU, die weitere Mittelauszahlungen aus dem Corona-Wiederaufbaufonds von dieser Bedingung abhängig gemacht hatte. Die Reform sah unter anderem eine schrittweise Beitragserhöhung zur Stabilisierung der Rentenkasse, höhere staatliche Zuschüsse, eine Erhöhung niedriger Renten sowie die Einführung einer sogenannten »Solidaritätsquote« für Sozialbeiträge von Besserverdienenden vor. Bis 2025 wurden auch strittige Maßnahmen wie ein zusätzlicher Arbeitgeberbeitrag, das neue Wahlmodell zur Rentenberechnung (25 oder 29 Jahre) sowie die Solidaritätsabgabe für Besserverdienende schrittweise umgesetzt. Ergänzt wurde dies durch eine Vereinbarung zwischen Regierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die im Juli 2024 im Rahmen des sozialen Dialogs geschlossen wurde und am 1. April 2025 in Kraft trat. Sie schafft neue Übergangsregelungen in den Ruhestand, darunter die abschlagsfreie Frühverrentung bei belastenden Tätigkeiten, neue Modelle zur Teilrente und aktiven Rente sowie Verbesserungen für fest saisonale Beschäftigte. Aus Sicht der Gewerkschaften handelt es sich um Schritte hin zu mehr Gerechtigkeit und langfristiger Stabilität – auch wenn zuletzt nicht alle vereinbarten Maßnahmen umgesetzt wurden.

Am 31. März 2025 kam es zu einer schweren Explosion im Bergwerk von Cerrado in Degaña (Asturien), bei der fünf Arbeiter starben und vier schwer verletzt wurden – der bislang schwerste Bergwerkunfall des Jahrhunderts in Spanien. Die Gewerkschaften CCOO und UGT fordern eine umfassende Untersuchung und warnen erneut vor Mängeln im Arbeitsschutz. Nach Angaben der UGT-Sekretärin für Arbeitsschutz, Patricia Ruiz, stieg die Zahl tödlicher Arbeitsunfälle im Jahr 2024 um 10 Prozent, die der Wegeunfälle um 7 Prozent. Besonders kritisch sehen die Gewerkschaften zudem das unzureichende Erkennen psychischer Erkrankungen. Sie fordern eine Reform des Arbeitsschutzgesetzes, das auch mentale Gesundheit, Geschlechterperspektiven und klimabedingte Risiken stärker berücksichtigt.

Zu guter Letzt stehen im Jahr 2025 die gewerkschaftlichen Anliegen in Spanien zunehmend unter dem Einfluss der Verschiebungen in der globalen Tektonik. Die neue US-Regierung unter Donald Trump setzt erneut auf protektionistische Handelspolitik und hat neue Zölle gegen europäische Produkte angekündigt. Gewerkschaftsführer Unai Sordo (CCOO) und Pepe Álvarez (UGT) sehen darin eine ernsthafte Bedrohung für Beschäftigung, soziale Rechte und wirtschaftliche Stabilität in Europa. In öffentlichen Stellungnahmen forderten sie eine klare europäische Antwort und warnten vor der Übernahme eines antidemokratischen Diskurses durch wirtschaftliche und politische Kräfte in Europa. CCOO betont die Notwendigkeit, die strategische Autonomie der EU zu stärken, neue globale Partnerschaften zu entwickeln und multilaterale Handelsbeziehungen zu verteidigen. Die internationale Dimension gewerkschaftlicher Arbeit wird damit auch in Spanien immer relevanter.

Luise Rürup, Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien und Portugal, Madrid, unter Mithilfe von Judith Cantú, Absolventin der Università di Bologna

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Europäische Union und Nordamerika (EUN)
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Henrik Meyer, Referatsleiter EUN
FES-EUN@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.